

Reisebericht Libyen (25. – 28. Mai 2024)

Meine erste Reise nach Libyen war lange überfällig. Bereits 2011 plante die Maghreb-Parlamentariergruppe, der ich damals angehörte, einen Besuch in das nordafrikanische Land. Dieser musste dann wegen des Krieges ausfallen.

Im sogenannten „arabischen Frühling“ hatten sich auch in Libyen bewaffnete Aufstände gegen den Alleinherrscher Muammar Al-Gaddafi erhoben, der das politische System seit 1969 und damit über 40 Jahre lang auf den eigenen Machterhalt hin zugeschnitten hatte. Als die Repression und die Kämpfe in Bengasi eskalierten und ein militärischer Sieg Gaddafis wahrscheinlicher wurde, legitimierte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit zwei Resolutionen (1970, 1973) einen militärischen Einsatz zum Schutz der Bevölkerung.

Der darauffolgende Lufteinsatz der NATO führte zum Sieg der Rebellen über Gaddafi, der dabei auch zu Tode kam. Deutschland, das zu dieser Zeit nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat war, hatte sich bei den Abstimmungen im Sicherheitsrat enthalten und den militärischen Einsatz nicht unterstützt. Im Oktober 2011 wurde Libyen als „befreit“ erklärt. Bereits im September wurde die United Nations Support Mission for Libya (UNSMIL) geschaffen, um die libyschen Institutionen im Übergang zu unterstützen.

Nach Kriegsende folgte allerdings kein Frieden in Libyen. Im Gegenteil: Unterschiedliche Milizen bewaffneten sich aus den militärischen Waffenarsenalen Gaddafis und das Land zerfiel zunehmend in rivalisierende Gruppen. Seit 2014 ist das Land quasi geteilt zwischen West und Ost. 2019 hat der militärische Anführer im Osten, Khalifa Haftar, versucht, den Westen militärisch zu erobern. Der Vormarsch wurde allerdings durch das militärische Eingreifen der Türkei auf Seiten der Regierung in Tripolis vereitelt. Seither besteht ein militärisches Patt zwischen den Akteuren.

Seit Oktober 2020 hält nunmehr ein Waffenstillstand, der aus der positiven Dynamik der ersten Berliner Libyen-Konferenz im Januar 2020 heraus vereinbart werden konnte. Seitdem hat sich die Sicherheitslage im Großraum Tripolis sowie den größeren Städten im Osten Libyens zwar verbessert, sie bleibt jedoch fragmentiert und fragil.

Es gibt nach wie vor kein staatliches Gewaltmonopol, ein seit 2017 existierender Verfassungsentwurf wurde bis heute nicht verabschiedet und die letzten Wahlen von 2014 sind zehn Jahre her. Die für Dezember 2021 vereinbarten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen haben noch immer nicht stattgefunden. Die politische Teilung des Landes in West und Ost hat sich verfestigt: zwischen der international anerkannten Einheitsregierung (GNU) von Premierminister Abdulhamid Al-Dbeiba und der zweiten Parlamentskammer (HCS) einerseits sowie dem Repräsentantenhaus (HoR) mit seinem Sprecher Aguila Saleh und der unter dem Einfluss von Haftar stehenden Gegenregierung (GNS) andererseits. Beide Lager stützen sich auf unterschiedliche Milizen. Im Osten stehen diese unter der Kontrolle Haftars und seiner Truppen (LNA).

Da sich bislang auf keinen gemeinsamen Haushalt geeinigt werden konnte, fehlt es an wichtigen Investitionen im Land. Dabei verfügt Libyen über Afrikas größte bekannte Ölreserven und bezieht über 90% seiner Staats- und Exporteinnahmen aus dem Verkauf von Öl und Gas. Aus diesem an die Zentralbank fließenden Geld erhalten zwei Drittel der 7 Mio. Libyerinnen und Libyer ihren Lohn.

In Tripolis führte ich Gespräche mit vor Ort ansässigen UN-Institutionen sowie politischen Akteuren aus dem Westen und Osten Libyens: dem Vize-Präsidenten des Präsidialrats (PC), dem Präsidenten des Hohen Staatsrats (HCS) und dem stellvertretenden Sprecher des Repräsentantenhauses (HoR), dem Premierminister der Regierung der Nationalen Einheit (GNU) sowie dessen Justizministerin und dem geschäftsführenden Außenminister. Dessen Vorgängerin, die ehemalige Außenministerin Najla Mangsh, hatte ich im November 2023 in Barcelona getroffen.



Links: Treffen mit dem Premierminister der Regierung der Nationalen Einheit (GNU)

Rechts: Gespräch mit dem stellvertretenden Sprecher des Repräsentantenhauses

Meine Gespräche standen im Zeichen der Frage, wie die inner-libysche Teilung überwunden werden kann und was es von Seiten der internationalen Gemeinschaft benötigt, um dem festgefahrenen politischen Prozess neues Momentum zu geben.

Kurz vor meiner Reise, im April 2024, trat der seit 2021 amtierende, aus dem Senegal stammende UN-Sonderbeauftragte für Libyen, Abdoulaye Bathily, zurück. Ihm war es nicht gelungen, die zentralen nationalen Akteure an einen Tisch zu bringen. Gleich zu Beginn meines Besuchs sicherte ich seiner nun die Amtsgeschäfte übernehmenden Stellvertreterin und neuen Leiterin von UNSMIL, Stephanie Koury, Deutschlands volle Unterstützung zu. An unserem Austausch nahmen neben Vertreter*innen der Botschaften Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Europäischen Union auch Ägypten und die Türkei teil, deren Unterstützung für ein Vorankommen der UN-Mediationsbemühungen maßgeblich ist. Wenngleich die Neubesetzung für den Posten des UN-Sonderbeauftragten angesichts der derzeitigen Situation im UN-Sicherheitsrat eine Herausforderung darstellt, darf dieser Prozess jetzt nicht zum Stillstand kommen.



Gespräch mit der Leiterin der UNSMIL-Mission in Tripolis und stellvertretenden UN-Sondergesandten für Libyen

Alle nationalen und internationalen Akteure in Libyen sind sich darüber einig, dass Parlaments- und Präsidentschaftswahlen der wichtigste Schritt in Richtung eines stabilen und unabhängigen Libyens sind. Ohne Wahlen mangelt es an legitimierten, gesamtlibyschen Institutionen, die die Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung, Investitionen und eine funktionierende, öffentliche Daseinsvorsorge sind. Ihr Fehlen hat aber auch

Auswirkungen auf die Stabilität in der Region (Menschen- und Waffenhandel, irreguläre Migration etc.) und begünstigt den Einfluss externer Akteure. Hierzu zählen nicht nur Ägypten, die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate. Zunehmend versucht auch Russland, seine Präsenz in Libyen auszuweiten und von dort aus auf Regionalkonflikte im Sahel und Sudan Einfluss zu nehmen. Im Waffenstillstandsabkommen vom Oktober 2020 hatten die libyschen Parteien vereinbart, alle ausländischen Kämpfer und Söldner aus dem libyschen Hoheitsgebiet abzuziehen, was bis heute nicht umgesetzt wurde.

Im Gespräch mit dem Leiter der nationalen Wahlbehörde (HNEC) erkundigte ich mich nach den konkreten Hürden für die Durchführung der Wahlen. Zwar gibt es Wahlgesetze, diese werden aber nicht von allen politischen Akteuren akzeptiert. So ist umstritten, ob Angehörige des Militärs, Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft oder amtierende Mitglieder der Regierung kandidieren dürfen. Diese Streitfragen hatten schon 2021 die vereinbarten nationalen Wahlen verhindert. Zudem ist die Wahlbehörde, auch wegen der bestehenden Haushaltsstreitigkeiten, nicht voll finanziert. Es gibt allerdings auch hoffnungsvolle Entwicklungen: Anfang Juni hat sie mit der Wählerregistrierung für Kommunalwahlen begonnen, die 2024 zunächst in 60 Kommunen landesweit anstehen.

Die Situation der Menschenrechte in Libyen, insbesondere von Geflüchteten, ist besorgniserregend. Der fragmentierte Sicherheitsapparat begünstigt Straflosigkeit. Ein einheitliches, funktionierendes Justizsystem existiert nur begrenzt. Im März 2023 veröffentlichte der UN-Menschenrechtsrat einen Bericht, wonach insb. Milizen-Gruppen noch immer schwere Menschenrechtsverstöße begehen und Migrant*innen und Geflüchtete häufig Opfer von Gewalt werden. Die Resolution 1970 aus dem Jahr 2011 hat den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) dazu berechtigt, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Libyen zu untersuchen und zu verfolgen. Die Zusammenarbeit Libyens mit dem IStGH hat sich zunehmend gebessert. Es wurden gerade erst mehrere Haftbefehle beantragt – die Namen sind allerdings nicht-öffentlich.

Zur Lage von Frauen und Mädchen in Libyen sprach ich mit der für Frauen zuständigen Staatsministerin der GNU-Regierung, Dr. Houria Al-Tarmal, mit Justizministerin Halima Al-Rahman, die seit 2012 im Amt und damit die erste Frau in dieser Rolle in der arabischen Welt ist, mit der Parlamentarierin Dr. Souad Elshilli als Vertreterin des Frauenausschusses im

Repräsentantenhaus und mit zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen. Die Einschätzungen waren sehr unterschiedlich. Die Erkenntnis aber bleibt, dass Frauen in diesem sehr konservativen Land praktisch kaum Zugang zur Justiz haben, da man von ihnen erwartet, ihre Probleme innerfamiliär zu lösen. Ein Vorschlag zur Einrichtung von „safe houses“ war gerade erst abgelehnt worden. Besonders dramatisch ist die Lage für Vergewaltigungsopfer, da diese die Täter meistens auch noch heiraten müssten.



Austausch mit der GNU-Staatsministerin für Frauen

Geflüchtete und Migrant*innen in Libyen besitzen in der Regel keinen gesicherten rechtlichen Status. 720.000 sollen sich derzeit dort aufhalten. Ein Großteil von ihnen sind Arbeitsmigrant*innen aus Subsahara-Afrika. Mit dem verheerenden Krieg im Sudan hat die Zahl der Geflüchteten aus dem südlichen Nachbarland stark zugenommen. Aktuell sind es rund 60.000 Menschen, bis Ende 2024 dürfte sich die Lage weiter zuspitzen. Hinzu kommen Menschen, die aus Tunesien nach Libyen zwangsausgewiesen werden (bereits über 10.000). Äußerst beunruhigend ist die Lage in grenznahen, illegalen Lagern für Migrant*innen und Geflüchtete, sogenannten Detention Camps. Aber auch für die Schließung der 13 staatlichen Einrichtungen setzt sich Deutschland seit langem ein.

All diese Eindrücke konnte ich im Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft vertiefen. Ihr Handlungsspielraum hat im letzten Jahr noch einmal stark abgenommen. Trotzdem werden sie nicht müde, sich weiterhin politisch für ihr Land zu engagieren. Die Bevölkerung in Libyen sehnt sich nach Einheit und Stabilität. Ich kam auch mit

Künstler*innen zusammen, die kreative Wege finden, ihre libysche Kultur und Identität, durch die politische Spaltung hindurch, zu pflegen und so versuchen, Erfahrungen von Diktatur und Bürgerkrieg aufzuarbeiten.



*Gespräch mit Künstler*innen und Architekt*innen*



*Treffen mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft*